

380673-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Sanierung Festspielhausgarage Baden-Baden, Planungslos 2: Technische Ausrüstung nach § 55 HOAI „Elektro“

OJ S 124/2024 27/06/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH

E-Mail: parken@swbad.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung Festspielhausgarage Baden-Baden, Planungslos 2: Technische Ausrüstung nach § 55 HOAI „Elektro“

Beschreibung: Die Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH ist eine Tochter der Stadtwerke Baden-Baden, betreibt die Parkhäuser, Tiefgaragen und alle gebührenpflichtigen oberirdischen Parkflächen im Stadtgebiet. Die Festspielhausgarage wurde im Jahr 1988 -1989 in Ort beton-Massivbauweise errichtet und ist sanierungsbedürftig. Konzeptionell ist die Garage einer Spindel nachempfunden. Im Zentrum der Spindel ist ein Licht- und Lufthof angeordnet, in dem ein Aufzugs- und Treppenturm die 3 Untergeschosse erschließt. Die gesamte Garagenfläche beträgt ca. 13.000 m² und verfügt über 530 Stellplätze. Aufgrund der Verpflichtungen gegenüber Dauerparkern und dem Festspielhaus hat die Sanierung und Modernisierung im laufenden Betrieb zu erfolgen, sodass ein dauerhaftes definiertes Angebot an Parkplätzen bereitgestellt werden kann. Für die Planungsleistungen „Elektro“ sind die AG 4, 5 und 8 zu erbringen. Bei der Modernisierung sollen der Elektromobilität, LED-Beleuchtung sowie dem Parkleitsystem eine hohe Bedeutung zukommen. Weitere Informationen zum Auftragsgegenstand sind den Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung zu entnehmen. Planungsleistungen für die Anlagengruppen „HLS“ werden in einem Fachlos „PL 3“ separat ausgeschrieben. Zur Vergabe der Planungsleistungen gem. Ziff. II.1.1 wird ein Verhandlungsverfahren mit TN-Wettbewerb durchgeführt; die Vergabe erfolgt stufenweise.

Kennung des Verfahrens: 79efd201-cdcc-4c1a-b3e6-94f038b21391

Interne Kennung: PL2

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lange Straße 77a

Stadt: Baden-Baden

Postleitzahl: 76530

Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Alle ergänzend zu dieser Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellten Unterlagen und weiteren Informationen zum Vergabeverfahren sind auf der genannten Vergabeplattform ELVIS ID: E42856295 frei zugänglich und kostenlos abrufbar. Interessenten können sich registrieren und werden dann automatisch über Ergänzungen / Änderungen informiert. Nicht registrierte Interessenten müssen sich auf der Vergabeplattform eigenständig über evtl. Änderungen und ergänzende Informationen informieren. Das über die Vergabeplattform erhältliche Dokument „110 Übersicht“ listet die für die Teilnahme am Vergabeverfahren erforderlichen Dokumente auf. Der Teilnahmeantrag und alle geforderten Unterlagen sind über die Vergabeplattform elektronisch einzureichen. Der Auftraggeber wird ggf. vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall die Vorlage von Originalen verlangen. Alle geforderten Angaben und Unterlagen sind, soweit nicht abweichend geregelt, mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die Teilnahmeanträge werden gemäß § 55 (1) VgV erst nach Ablauf des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge geöffnet. Der für das Vergabeverfahren angesetzte Terminablauf ist den Angaben in der Bekanntmachung bzw. den Vergabeunterlagen (Dokument „Zeitplan“) zu entnehmen. Der Auftraggeber behält sich Änderungen vor. Fragen zum Vergabeverfahren sind schriftlich über die Vergabeplattform einzureichen; Fragen werden innerhalb der festgelegten Frist in anonymisierter Form auf der Vergabeplattform beantwortet. Später eingehende Fragen können aus Gründen der Chancengleichheit nicht beantwortet werden. Die geforderten Nachweise zur fachlichen Eignung (Referenzen Bewerber,) sind vom Bewerber hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit mit den ausgeschriebenen Leistungen zu priorisieren und in entsprechender Reihenfolge in die Bewerbung aufzunehmen. Die Angaben zu den Referenzen sind hierbei mit der für die eindeutige Bewertbarkeit notwendigen Differenzierung anzugeben. Im Auswahlverfahren werden nur die Referenzen der jeweiligen Referenzliste des Bewerbungsformulars ausgewertet. Weitere Referenzen werden nicht berücksichtigt. Die Angaben zu den Referenzen sind im Formular „Eignungskriterien Bewerber“ einzutragen. Die Erfüllung der Mindeststandards und Eignungskriterien für das Auswahlverfahren sind nach eigener Einschätzung vom Bewerber als Eigenerklärung im Formular „Eignungskriterien“ einzutragen und werden vom Auftraggeber mit Hilfe der eingereichten Angaben und ggf. durch ergänzend eingeholte Auskünfte überprüft und bewertet. Die Bewertung der Referenzen der Bewerber erfolgt nach den Eignungskriterien und zugehörigen Gewichtungen, die in den Vergabeunterlagen dargestellt sind (Vgl. „Formular Eignungskriterien“ und „Bewertungsbogen Auswahlkriterien“). Alle Angaben der Bewerber haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Übersetzer beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden. Benannte Ansprechpartner müssen deutschsprachig sein. Die Kosten für die Bewerbung und die Teilnahme am Vergabeverfahren werden nicht erstattet (§ 77 (1) VgV).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigernde Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planungslos 2: Technische Ausrüstung nach §55 HOAI „Elektro“.

Beschreibung: Der Leistungsumfang der zu vergebenden Planungsleistungen gliedert sich in folgende Teilleistungen und Stufen: Pos. 1) Fachplanung Technische Ausrüstung. Pos. 1.1) Vorbereitende Leistungen. Pos. 1.1.1) Bestandsanalyse im Zuge der Leistungsphase 1. Pos. 1.2) Grundleistungen nach § 55 HOAI für AG 4 Starkstromanlagen (Niederspannungsanlage, Potentialausgleich und Zuleitung AV, Kabelverlegungssysteme, Kabel, Instandsetzung Techn. Anlagen HLS-Verkabelung, Schalter+Steckvorrichtungen, Beleuchtung, Sicherheitsbeleuchtung, Blitzschutzanlage); sonstige Maßnahmen für techn. Anlagen (Baustelleneinrichtung, Demontagearbeiten) und techn. Anlagen in Außenanlagen (Außenanlage und Beleuchtung) Pos. 1.2.1) LP 1 bis 3. Pos. 1.2.2) Option: LP 4 bis 9. Pos. 1.3) Grundleistungen nach § 55 HOAI für AG 5 + 8 Fernmelde- u. Informationstechnische Anlagen (BOS – Gebäudefunkanlage, Datenübertragungsnetze), Gebäudeautomation (Gebäudeautomation KNX, Automatisierungseinrichtungen, Schaltschränke, Automatisierungsschwerpunkte, Automationsmanagement, Kabel, Leitungen und Verlegesysteme, Datenübertragungsnetze, sonstiges zur KG 480). Pos. 1.3.1) LP 1 bis 3. Pos. 1.3.2) Option: LP 4 bis 9. 1.4) Grundleistungen der Brandschutzplanung (mit flächendeckender Brandmeldeanlage) nach AHO Pos. 1.4.1) Option: LP 5 bis 9 Für den Auftrag gelten: a) Leistungsbeginn unmittelbar nach Abschluss des Verfahrens, Vertragsbeginn vsl. 09.01.2025. b) Abschluss LP 7 bis 31.12.2025 (Dauer LP 1-7 ca. 12. Monate). c) Abschluss LP8 und Abnahme Bauleistung 31.12.2026 (Bauzeit ca. 12. Monate). d) LP 9 bis zum Ablauf der Gewährleistungsansprüche, vsl. 31.12.2030. Diese Terminvorgaben werden im Auftragsfall Vertragsbestandteil, sofern vom AG im Verhandlungsverfahren keine geänderten Terminvorgaben mitgeteilt werden (z.B. Verschiebung Leistungsbeginn ohne Verkürzung der Gesamtlaufzeit). Unmittelbar nach Leistungsbeginn ist vom beauftragten Bieter ein entsprechender Terminplan für die Umsetzung im Entwurf aufzustellen und mit dem AG abzustimmen, der diese Terminvorgaben als Rahmentermine ausweist. Einzelheiten bzgl. der Abwicklung sind nach Leistungsbeginn mit dem AG abzustimmen. Die optionalen Leistungen werden in Abhängigkeit des Projektfortschrittes nach Erbringung der Leistungsphasen 4 und der Mittelbereitstellung für die Umsetzung vom Auftraggeber schriftlich abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung optionaler Leistungen besteht nicht. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung optionaler Leistungen nicht in Anspruch zu nehmen oder auf Teilleistungen zu beschränken, wenn z. B. die Gesamtmaßnahme nicht mehr weitergeführt wird, einzelne Teilleistungen gemäß Projektfortschritt nicht mehr erforderlich werden, der Auftraggeber mit der Qualität der erbrachten Leistungen nicht zufrieden ist oder keine Einigung über eventuelle zusätzlich erforderliche Leistungen erzielt wird.

Interne Kennung: E42856295

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: siehe Losbeschreibung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lange Straße 77a

Stadt: Baden-Baden

Postleitzahl: 76530

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 09/01/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: 5.1.6.1.1) Teilnahmeanträge TN-Anträge / Angebote sind mithilfe elektron. Mittel einzureichen, vgl. §§ 53 (1) und 10 VgV. Gefordert: Einreichung elektronisch in Textform über die Vergabeplattform. Die Unterzeichnung von Anträgen u. Dokumenten erfolgt durch den Eintrag des vollständigen Vor- u. Zunamens des Erstellers, bei Erfordernis

zusätzlich durch Ergänzung der Unternehmensbezeichnung, z.B. zur eindeutigen Zuordnung bei Bietergemeinschaften. Die Personen, die zur Unterzeichnung des Antrags u. zur Vertretung des Bewerbers im Verfahren ermächtigt sind, sind in der Eigenerklärung (EE) und durch ergänzende Informationen zur Berechtigung der Vertretung zu benennen. Hinweis: TN-Anträge sind explizit mit Anschreiben zu stellen; auf der o.g. Vergabeplattform sind hierzu Vorlagen eingestellt – alternativ ist die Verwend. formloser Anschreiben möglich. 5.1.6.1.2)

Registereintrag Vorlage eines akt. Nachweises über die Eintragung in einem Berufs- od. Handelsregister (HR), zum Zeitpunkt der Teilnahme nicht älter als 1 Jahr, od. Nachweis der erlaubten Berufsausübung auf and. Weise gem. § 44 (1) VgV. Bei ausländ. Bewerbern durch eine Beschein. der zuständ. Behörde des Herkunftslandes, ggf. mit zugehöriger Übersetzung. Bei Unternehmen, die nicht zur Eintragung in ein HR o.ä. verpflichtet sind, durch

Eigenerklärung. Aus dem Nachweis müssen die Rechtsform u. die Berechtigung der Person (en) für die rechtsgeschäftliche Unterzeichnung des Antrags u. der verlangten Erklärungen zweifelsfrei hervorgehen. Im Fall einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft ein sep. Nachweis vorzulegen. 5.1.6.1.3) Eigenerklärung (EE) Eine EE ist

verlangt, vgl. § 48 (1) VgV. Diese dient als vorläufiger Beleg des Nicht-Vorliegens von Ausschlussgründen. Die EE ist mit dem vollständigen Vor- u. Zunamen des Erstellers zu versehen u. mit dem TN-Antrag über die Vergabeplattform elektronisch einzureichen (Datei /Ausdruck im pdf-Format). Im Fall einer Biege ist die EE für jedes Mitglied einzeln vorzulegen (§ 47 (4) VgV). Ergänzend zur EE werden weitere Belege zur Eignung verlangt, die in dieser Bekanntmachung genannt sind. 5.1.6.1.4) Bewerber-/Bietergemeinschaften (Biege) Biege sind zugelassen, wenn alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften u. ein geschäftsführendes Mitglied als bevollmächtigter Vertreter bestimmt ist, auch über die Auflösung der Biege hinaus (§§ 47 (3) und 53 (9) VgV). In diesem Fall ist mit dem TN-Antrag eine entsprechende von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung in eingescannter Form einzureichen.

5.1.6.1.5) Unterauftrag (UA) Bei beabsichtigter Vergabe eines UA wird mit dem TN-Antrag eine Erklärung des Bewerbers verlangt, welche Teile u. Anteile des Auftrags das Unternehmen beabsichtigt als UA zu vergeben (§ 46 (3) Nr. 10 VgV); vom beabsichtigten UA-Nehmer ist die EE separat in elektronischer Form vorzulegen (§ 47 (2) VgV). 5.1.6.1.6)

Verpflichtungserklärungen (VE) VE gem. § 47 (1) VgV der Unternehmer, an die ein UA vergeben werden soll, werden von den Bewerbern verlangt, die zur Angebotsabgabe

aufgefordert werden, und sind spätestens mit dem Angebot elektronisch vorzulegen. 5.1.6.1.7) Originale Vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall sind die vorstehenden Nachweise u. Erklärungen auf Anforderung im Original vorzulegen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: 5.1.9.1.1) Berufshaftpflichtversicherung (BHV):

Nachweis nach § 45 (4) Nr. 2 VgV zur BHV mit Mindestdeckungssummen (MDS) wie unten genannt. Ersatzweise Bescheinigung einer Versicherung, dass im Auftragsfall der Abschluss einer BHV entsprechender Deckung zugesagt ist. Der Nachweis wird von den Bewerbern verlangt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, und ist spätestens mit dem Angebot vorzulegen. Im Fall einer Biege wird für jedes Mitglied der Gemeinschaft ein separater Nachweis gefordert. Vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall ist der Nachweis auf Anforderung im Original vorzulegen. Geforderte MDS: Für Personenschäden: 1.500.000 EUR. Für sonstige Schäden: 500.000 EUR. 5.1.9.1.2) Umsatz Erklärung nach § 45 (4) Nr. 4 VgV über den Gesamtumsatz und den spezifischen Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren; wird im Formular EE als Eigenerklärung abgefragt. Im Fall einer Biege ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine separate Erklärung vorzulegen. 5.1.9.1.3) Personal /Beschäftigte Erklärung nach § 46 (3) Nr. 8 VgV, aus der die Zahl der Führungskräfte des Unternehmens und die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl in den letzten drei Jahren ersichtlich ist; wird im Formular EE als Eigenerklärung abgefragt. Im Fall einer Biege ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine separate Erklärung vorzulegen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: 5.1.9.2.1) Schlüsselpersonal Erklärung nach § 43 (1) VgV zu dem für die Erbringung der Leistung vorgesehenen Personal mit Nennung der Funktion im Projekt (Projektleiter [PL], stellvertretender Projektleiter [SPL], ggf.

Fachprojektleiter, fachliche Zuständigkeiten) und der Funktion beim Bewerber. Ergänzend werden für das verantwortliche Personal Angaben zur Berufsqualifikation verlangt;

Ausbildungsnachweise sind erst mit dem Angebot verpflichtend vorzulegen. 5.1.9.2.2)

Referenzen des Bewerbers Nachweis geeigneter Referenzen des Bewerbers (Unternehmen) nach § 46 (3) Nr. 1 VgV über ausgeführte Leistungen, die unter Beachtung der weiter unten aufgeführten Mindeststandards ganz oder teilweise den anstehenden Aufgaben entsprechen.

Referenzen können entweder vom Bewerber selbst (bei Bewerbungsgemeinschaften: von mind. einem der Bewerber) oder von einem im aktuellen Verfahren benannten Nachunternehmer im Rahmen der Eignungsleihe (§ 47 VgV) erbracht werden. Zu den Referenzen werden jeweils folgende Angaben gefordert, die obligatorisch im Formular „Eignungskriterien Bewerber“

anzugeben sind: Projektbezeichnung, Kosten der Maßnahme bzw. Honorar der Dienstleistung, Auftragnehmer, Auftraggeber mit Ansprechpartner u. Kontaktdaten, Ausführungsort, Objekttyp und -größe, erbrachte Leistungen bzw. Leistungsphasen und Honorarzonen (soweit zutreffend), Zeitraum der Leistungserbringung (für abgeschlossene Leistungen/Leistungsphasen). Unterschieden wird zwischen obligatorisch vorzulegenden Mindestreferenzen und weiteren, fakultativen Referenzen. Mindestreferenzen sind in besonderem Maße geeignet, das mit den anstehenden Aufgaben vergleichbare

Leistungsspektrum des Bewerbers darzustellen und die Einhaltung der Mindeststandards für die Eignungskriterien nachzuweisen. Sie werden einer differenzierten Bewertung unterzogen. Hierzu können zusätzlich zu den geforderten Referenzangaben beschreibende Darstellungen auf maximal zwei DIN-A4-Seiten eingereicht werden (Gestaltung freigestellt). Weitere Referenzen dienen der Vervollständigung zum Nachweis der Bewerber-Qualifikation.

Geeignete Referenzen gemäß Formular „Auswahlkriterien“:

Ref. 1, Mindest-Referenz (obligatorisch): Geforderter Mindeststandard: Instandsetzung und Modernisierung eines mehrgeschossigen Gebäudes mit einer Größe von mind. 8.000m² für gewerbliche, öffentliche oder industrielle Nutzung. Technische Gebäudeausrüstung n. § 55 HOAI, Anlagengruppe 4 Starkstromanlagen und Anlagengruppe 5 Fernmelde- u. Informationstechnische Anlagen; mind.: Leistungsphase 2 bis 4, mind. Honorarzone II, anrechenbare Kosten netto 1.500.000 Euro Zusatzpunkt, wenn: - Tiefgarage - Sanierung im laufenden Betrieb - wenn volle Planungsleistungen LP 2 - 8 - mit Anlagengruppe 8 Gebäudeautomation - in Verbindung mit HLS Anlagengruppen 1 - 3 Anzugeben: Umfang / Größe / Art, erbrachte Leistungen (Leistungsphasen etc.), ggf. Erläuterungen.

Ref. 2, Mindest-Referenz (obligatorisch): Geforderter Mindeststandard: Instandsetzung und Modernisierung eines mehrgeschossigen Gebäudes mit einer Größe von mind. 8.000m² für gewerbliche, öffentliche oder industrielle Nutzung. Technische Gebäudeausrüstung n. § 55 HOAI, Anlagengruppe 4 Starkstromanlagen und Anlagengruppe 5 Fernmelde- u. Informationstechnische Anlagen; mind.: Leistungsphase 5 bis 8, mind. Honorarzone II, anrechenbare Kosten netto 1.500.000 Euro Zusatzpunkt, wenn: - Tiefgarage - Sanierung im laufenden Betrieb - wenn volle Planungsleistungen LP 2 - 8 - mit Anlagengruppe 8 Gebäudeautomation - in Verbindung mit HLS Anlagengruppen 1 - 3 Anzugeben: Umfang / Größe / Art, erbrachte Leistungen (Leistungsphasen etc.), ggf. Erläuterungen.

Ref. 3: Geforderter Mindeststandard: Instandsetzung und Modernisierung eines mehrgeschossigen Gebäudes mit einer Größe von mind. 5.000m² für gewerbliche, industrielle oder öffentliche Nutzung. Technische Gebäudeausrüstung n. § 55 HOAI, Anlagengruppe 4 Starkstromanlagen und Anlagengruppe 5 Fernmelde- u. Informationstechnische Anlagen; mind.: Leistungsphase 1 - 3, und/oder 5 - 8, mind. Honorarzone II, anrechenbare Kosten netto 800.000 Euro Zusatzpunkte, wenn: - Tiefgarage - Sanierung im laufenden Betrieb - volle Planungsleistungen LP 1 - 3 und 5 - 8 - mit Anlagengruppe 8 Gebäudeautomation - in Verbindung mit HLS Anlagengruppen 1-3 Anzugeben: Umfang / Größe / Art, erbrachte Leistungen (Leistungsphasen etc.), ggf. Erläuterungen.

Ref. 4: Geforderter Mindeststandard: Instandsetzung und Modernisierung eines mehrgeschossigen Gebäudes mit einer Größe von mind. 5.000m² für gewerbliche, industrielle oder öffentliche Nutzung. Technische Gebäudeausrüstung n. § 55 HOAI, Anlagengruppe 4 Starkstromanlagen und Anlagengruppe 5 Fernmelde- u. Informationstechnische Anlagen; mind.: Leistungsphase 1 - 3, und/oder 5 - 8, mind. Honorarzone II, anrechenbare Kosten netto 800.000 Euro Zusatzpunkte, wenn: - Tiefgarage - Sanierung im laufenden Betrieb - volle Planungsleistungen LP 1 - 3 und 5 - 8 - mit Anlagengruppe 8 Gebäudeautomation - in Verbindung mit HLS Anlagengruppen 1-3 Anzugeben: Umfang / Größe / Art, erbrachte Leistungen (Leistungsphasen etc.), ggf. Erläuterungen.

5.1.9.2.3) Referenzen Schlüsselpersonal (Vorlage erst mit Angebot)
Nachweise geeigneter Referenzen des Schlüsselpersonals (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter) nach § 46 (3) Nr. 1 VgV über ausgeführte Leistungen, die ganz oder teilweise den anstehenden Aufgaben entsprechen, werden erst mit der Abgabe des Angebotes gefordert und in den Zuschlagskriterien gewertet. Diese Referenzen sind im Teilnahmewettbewerb noch NICHT einzureichen.

5.1.9.2.4) Qualitätssicherung Erklärung des Bewerbers nach § 46 (3) Nr. 3 VgV zu den Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität

seiner Leistungen im Hinblick auf Zufriedenheit des Auftraggebers, fachliche Korrektheit, Wirtschaftlichkeit, Termintreue, Flexibilität, Datenaustausch und Dokumentation (Eigenerklärung, ggf. ergänzend Bescheinigung einer Zertifizierungsstelle).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Der Preis wird entsprechend der Vergabeunterlage „Zuschlagskriterien“ bewertet, Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Die Leistungskriterien werden entsprechend der Vergabeunterlage „Zuschlagskriterien“ bewertet, Gewichtung (Prozentanteil, genau): 80

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 80

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 22/07/2024 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E42856295>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 03/09 /2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E42856295>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/07/2024 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt:

Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH

Organisation, die Angebote bearbeitet: Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH

Registrierungsnummer: HRB 201116

Postanschrift: Waldseestraße 24

Stadt: Baden-Baden

Postleitzahl: 76530

Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)

Land: Deutschland

E-Mail: parken@swbad.de

Telefon: +49 7221277191

Internetadresse: <https://www.stadtwerke-baden-baden.de/de/mobilitaet-freizeit/parken/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1a3e0398-d3ed-47e7-9fc1-4227b6469fde - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/06/2024 14:36:18 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 380673-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 124/2024

Datum der Veröffentlichung: 27/06/2024